



Verwaltungsrat

349. Tagung, Genf, 30. Oktober–9. November 2023

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 5. Oktober 2023

Original: Englisch

Fünftehnter Punkt der Tagesordnung

Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entschlieung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

► Einleitung

1. Auf seiner 344. Tagung (März 2022) nahm der Verwaltungsrat eine Entschlieung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an.¹ In der Entschlieung ersuchte der Verwaltungsrat die IAO, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Ferner fasste er den Beschluss, die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe der IAO für die Russische Föderation, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe, vorübergehend einzustellen sowie Einladungen an die Russische Föderation zur Teilnahme an allen Tagungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats liegen und deren Zusammensetzung von ihm festgelegt wird, etwa Fach- und Sachverständigentagungen, Konferenzen und Seminare, auszusetzen, gleichzeitig jedoch die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe für alle anderen in den Zuständigkeitsbereich des Fachunterstützungsteams der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbüros für Osteuropa und Zentralasien in Moskau (DWT/CO–Moskau) fallenden Länder fortzuführen.

¹ GB.344/Resolution.

2. Auf seiner 348. Tagung (Juni 2023) ersuchte der Verwaltungsrat nach Prüfung des letzten ihm vorgelegten Berichts über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der EntschlieÙung den Generaldirektor, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um die Mobilisierung von Ressourcen für die Ukraine auszuweiten, die Bemühungen der IAO um die Mobilisierung von Ressourcen für andere betroffene Länder in Osteuropa und Zentralasien weiter zu verstärken und die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen.² Mit dem vorliegenden Dokument wird dem Ersuchen des Verwaltungsrats um einen Bericht über die diesbezüglichen Entwicklungen entsprochen.³

► Allgemeine Entwicklungen

3. Die russische Militärangriff dauert nun schon seit über 20 Monaten an und richtet sowohl in den von der Russischen Föderation besetzten ukrainischen Gebieten als auch im Rest des Landes weiterhin Verwüstungen an. Die anhaltenden Luftangriffe fordern Menschenleben und verursachen erhebliche Schäden. Wenngleich die Zahl der zurückgekehrten Flüchtlinge zugenommen hat, sind nach wie vor sehr viele Menschen von Vertreibung betroffen: 6,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine sind über ganz Europa verteilt, und schätzungsweise 5,1 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene.⁴ Über ihre humanitären Kosten hinaus hat die Aggression gegen die Ukraine gravierende Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation. Die jüngsten Prognosen der IAO zu den Auswirkungen des Krieges auf die Beschäftigung in der Ukraine entsprechen aufgrund des nur minimalen Wirtschaftswachstums im Wesentlichen ihren früheren Schätzungen.⁵ Die Eingliederung der ukrainischen Flüchtlinge in die Arbeitsmärkte der Aufnahmeländer verbessert sich weiter.⁶ Dass der Europäische Rat den Mechanismus für vorübergehenden Schutz gemäß der entsprechenden Richtlinie bis zum 4. März 2024 verlängerte, war eine begrüßenswerte Entwicklung im Hinblick auf den fortgesetzten Zugang der aus der Ukraine geflohenen Menschen zu Beschäftigung und grundlegenden sozialen Versorgungsleistungen. Vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) in mehreren Aufnahmeländern zusammengetragene Informationen zeigen, dass das Angebot an beschäftigungsorientierten Dienstleistungen, einschließlich Berufsbildungs- und Qualifizierungsprogrammen, größer geworden ist und dass den Flüchtlingen Beratung und Unterstützung beim Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Ländern gewährt wird.⁷
4. Unterdessen verlief die wirtschaftliche Entwicklung in der Subregion Osteuropa und Zentralasien besser als erwartet, was die Befürchtungen vor breiteren negativen sozioökonomischen Spillover-Effekten verringerte. Die Länder des Kaukasus und Zentralasiens verzeichneten – entgegen den düsteren Wirtschaftsprognosen zu Beginn der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine – im Jahr 2022 mit 4,8 Prozent ein höheres Wirtschaftswachstum als

² GB.348/PV, Abs. 99.

³ Die hier vorgelegten Daten spiegeln die Lage bis zum 18. September 2023 wider. Bei Bedarf wird das Amt den Verwaltungsrat mündlich über die Entwicklungen seit diesem Datum Bericht erstatten.

⁴ Siehe UNHCR, „Operational data portal – Ukraine refugee situation“, und IOM, „Global Data Institute Displacement Tracking Matrix“, eingesehen am 24. August 2023.

⁵ Siehe Dokument GB.348/INS/5/2, Abs. 11. Die darin enthaltenen Prognosen wurden vom Amt kürzlich ausgehend von zusätzlichen Quellen von Verwaltungsdaten bestätigt.

⁶ UNHCR, *Lives on Hold: Intentions and Perspectives of Refugees and IDPs from Ukraine #4*, 6. Juli 2023.

⁷ UNHCR, *Ukraine Situation: Regional Refugee Response Plan - 2023 Mid-Year Report*, 18. August 2023.

erwartet. Die Prognosen für das nächste Jahr erscheinen ebenfalls günstig: Das Wachstum soll bis Ende 2023 leicht zurückgehen auf 4,2 Prozent, bevor es 2024 wieder leicht auf 4,5 Prozent ansteigen könnte.⁸ Somit lag das Beschäftigungswachstum in der Region im Jahr 2022 sogar über dem langjährigen Trendniveau.

5. Die günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Subregion ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Länder von einer plötzlichen Zunahme des Transithandels infolge von Maßnahmen zur Umgehung der gegen die Russische Föderation verhängten Wirtschaftssanktionen profitieren.⁹ Darüber hinaus hat der Krieg zu einem Zustrom von Fachkräften, Unternehmen und Kapital aus der Russischen Föderation in die Subregion geführt, von dem positive Impulse für den Konsum und den Dienstleistungssektor ausgingen.¹⁰ Beispielsweise haben sich die Ausfuhren aus Armenien und Kirgisistan in die Russische Föderation im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.¹¹ Darüber hinaus besteht in der Russischen Föderation eine hohe Nachfrage nach Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern, da in dem Land, nicht zuletzt aufgrund der Abwanderung russischer Arbeitskräfte, Fachkräftemangel herrscht. Eine relativ kräftige Erholung des russischen Rubels nach dem starken Einbruch zu Beginn des Krieges hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kaufkraft der Überweisungen von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer während des gesamten Jahres 2022 und Anfang 2023 erhalten blieb, auch wenn die jüngsten Währungsschwankungen auf eine Verschlechterung der Bedingungen hindeuten könnten.

► Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Existenzgrundlagen und Unternehmen

6. Aufgrund des Mangels an Daten lassen sich die Auswirkungen der Aggression gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt nur annähernd abschätzen und sind mit großer Unsicherheit behaftet. Ungeachtet dessen deuten die Schätzungen der IAO nach wie vor auf verheerende Beschäftigungsverluste in der Ukraine hin.
7. Nach Schätzungen in der zehnten Ausgabe des *ILO Monitor on the world of work* ging die Beschäftigung in der Ukraine im Jahr 2022 um 15,5 Prozent zurück, was einem Verlust von 2,4 Millionen Arbeitsplätzen entsprach.¹² Diese Schätzungen wurden kürzlich durch die Analyse von Verwaltungsdatenquellen bestätigt und bleiben stabil, da sich die gesamtwirtschaftliche Situation nicht deutlich verändert hat. Auf Ersuchen der ukrainischen Regierung erstellte das Amt Beschäftigungsprognosen auf der Grundlage der Vorausschätzungen des Wirtschaftsministeriums zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Prognosen deuten darauf hin, dass hinsichtlich des ehrgeizigen Wachstumsziels der Ukraine bis 2032 ein erhebliches Beschäfti-

⁸ IWF, *Regional economic outlook – Middle East and Central Asia: Safeguarding Macroeconomic Stability amid Continued Uncertainty*, 2023.

⁹ UN-Datenbank Comtrade.

¹⁰ EBRD, *Regional Economic Prospects in the EBRD Regions – Getting by: High inflation weighs on purchasing power of households*, Mai 2023.

¹¹ Der UN-Datenbank Comtrade zufolge stiegen die armenischen Exporte in die Russische Föderation im Verhältnis zum BIP von 5,7 Prozent im Jahr 2021 auf 13,4 Prozent im Jahr 2022. Ebenso verzeichnete Kirgisistan einen Anstieg von 4,6 Prozent im Jahr 2021 auf 9,9 Prozent im Jahr 2022.

¹² IAO, *ILO Monitor on the world of work. Tenth edition: Multiple crises threaten the global labour market recovery*, 31. Oktober 2022. Das Prognoseintervall bei einem Konfidenzniveau von 95 Prozent entspricht einem Rückgang der Beschäftigung zwischen 8,2 und 22,7 Prozent.

gungsdefizit bestehen wird, was nahelegt, dass große Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Wiedereingliederung von Binnenvertriebenen und Rückkehrern zu erleichtern, und dass gezieltere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Frauen eine stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Eine dauerhafte Erholung und ein starkes Beschäftigungswachstum sind jedoch unwahrscheinlich, solange sich die Sicherheitslage nicht wesentlich verbessert. Ein Ende der Kampfhandlungen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine außergewöhnlich rasche wirtschaftliche Erholung nach sich ziehen, vorausgesetzt, es würden genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es ist daher wichtig, bereits jetzt die zukünftigen Arbeitsmarktgrundlagen zu schaffen.¹³

8. Die Auswirkungen auf die Unternehmen sind nach wie vor schwer abzuschätzen. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums hatten bis September 2023 etwa 840 Unternehmen ihren Standort in sicherere Gebiete innerhalb der Ukraine verlagert, von denen etwa 670 ihre Tätigkeit wieder aufnahmen. Trotz eines positiven Rückgangs der Gesamtinflation auf 8,6 Prozent und einer anschließenden Leitzinssenkung durch die ukrainische Nationalbank auf 20 Prozent¹⁴ bleibt der Kostendruck auf die Unternehmen hoch, insbesondere aufgrund der erhöhten Strom- und Kraftstoffpreise. Von der Zentralbank durchgeführte Unternehmensumfragen lassen keine wesentlichen Verbesserungen der Geschäftserwartungen erkennen. Die wichtigsten Faktoren, die die wirtschaftliche Tätigkeit hemmen, sind logistische Schwierigkeiten, hohe Einsatzmittelpreise, hohe Sicherheitsrisiken, die Zerstörung der Infrastruktur und eine schleppende Erholung des Arbeitsmarktes. Die einzigen Unternehmen, die beabsichtigen, mehr Mitarbeiter einzustellen, sind Handelsunternehmen, während Industrie- und Dienstleistungsunternehmen einen weiteren Personalabbau in Erwägung ziehen.¹⁵
9. Die Schwarzmeer-Getreide-Initiative, eine wichtige Maßnahme zur Abwendung von Hungersnöten in Ländern des globalen Südens, die seit ihrer Einführung im Juli 2022 mehr als die Hälfte der Getreideexporte der Ukraine (über 30 Millionen Tonnen) ermöglicht hat,¹⁶ wurde am 17. Juli 2023 von der Russischen Föderation mit der Begründung aufgekündigt, dass die parallele Vereinbarung zwischen der Russischen Föderation und dem Sekretariat der Vereinten Nationen (UN) über die Förderung des Zugangs russischer Lebensmittel und Düngemittel zu den Weltmärkten nicht ausreichend umgesetzt werde.¹⁷ Nach Angaben des Büros des UN-Koordinators für die Schwarzmeer-Getreide-Initiative wurden die Exporte aus dem ukrainischen Schwarzmeerhafen eingestellt, und seit der Aufkündigung der Initiative sind keine Frachtschiffe mehr eingetroffen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) bezeichnete die Entwicklung als besonders problematisch, da die Ernte in der Ukraine begonnen habe und den ukrainischen Landwirten ein angemessenes Einkommen und Anreize für die Vorbereitung der nächsten Aussaat im Herbst garantiert werden müssten.¹⁸ Der weltweite Nahrungsmittelpreisindex der FAO sank im August 2023 erneut, und Weizen-Terminkontrakte fallen trotz der Unsicherheit am Schwarzen Meer auf Dreijahres-Tiefststände. Wenngleich die FAO kurzfristig kein durch die Aufkündigung der Initiative

¹³ Einzelheiten zu den Schätzungen der IAO sind dem Dokument [GB.347/INS/16](#), Abs. 7, zu entnehmen.

¹⁴ Ukrainische Nationalbank, „[Speech by NBU Governor Andriy Pyshnyy at Press Briefing on Monetary Policy Decisions](#)“, 14. September 2023.

¹⁵ Ukrainische Nationalbank, [Monthly Business Outlook Survey](#), August 2023.

¹⁶ UN, „[Black Sea Initiative exports top 30 million tonnes from Ukraine, as talks continue over renewal](#)“, 11. Mai 2023.

¹⁷ UN, [Memorandum of Understanding between the Russian Federation and the Secretariat of the United Nations on promoting Russian food products and fertilizers to the world markets](#), Juli 2023.

¹⁸ FAO, „[FAO brief on the interruption of the Black Sea Grain Initiative and its potential implications on global food markets and food security](#)“, 31. Juli 2023.

bedingtes Risiko für die weltweite Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sieht, geben der Zugang zu Nahrungsmitteln und ihre Erschwinglichkeit nach wie vor Anlass zur Besorgnis, und die negativen Auswirkungen auf die Widerstandsfähigkeit der Systeme der Agrar- und Ernährungsindustrie – die bereits durch Mehrfachkrisen wie die COVID-19-Pandemie, wirtschaftliche Abschwünge, Klimaextreme und Konflikte geschwächt sind – sollten nicht unterschätzt werden. Die UN und die Türkei bemühen sich derzeit um eine Wiederbelebung der Initiative, um eine stabile Nahrungsmittelversorgung betroffener Länder im globalen Süden zu gewährleisten.

10. Einigen Schiffen, die seit dem Beginn des Krieges in ukrainischen Häfen festlagen, ist es gelungen, das Land über einen neuen, von der Ukraine einseitig eingerichteten Seeweg zu verlassen. Die Russische Föderation hat jedoch warnend darauf hingewiesen, dass jedes Schiff mit Kurs auf die Ukraine verdächtigt werden kann, Waffen zu transportieren, und die mit einem Krieg verbundenen Risiken eingeht. Auch wenn es bisher zu keinem größeren Zwischenfall gekommen ist, ist festzuhalten, dass diese Situation das Leben von Seeleuten in unangemessener Weise gefährdet.
11. Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms am 6. Juni 2023 ist die bisher größte Einzelkatastrophe des Krieges. Ausgehend von Schätzungen der IAO zur sektorspezifischen Produktivität in der Ukraine könnten sich die daraus resultierenden (auf das Jahr hochgerechneten) Beschäftigungsverluste in den beiden am stärksten betroffenen Wirtschaftssektoren auf mindestens 26.000 Arbeitsplätze (21.000 in der Landwirtschaft und 5.000 in Industrie und Handel) belaufen. Der Mangel an Wasser für Bewässerungszwecke in Gebieten, die nicht direkt von den Überschwemmungen betroffen waren, gibt Anlass zu ernster Besorgnis: Mittelfristig könnten die Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft noch viel gravierender sein. Die IAO hat einen Beitrag zur gemeinsam von der ukrainischen Regierung, der Weltbank und den UN durchgeführten Bedarfsermittlung nach der Katastrophe geleistet.

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO sowie auf die Durchführung des Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit und die Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine

Regierung

12. Die Situation der wichtigsten Gesprächspartner der IAO innerhalb der ukrainischen Regierung – des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Sozialpolitik – ist unverändert. Diese Gesprächspartner gehen nach wie vor uneingeschränkt ihren Aufgaben nach und arbeiten an den Grundlagen für eine rasche Erholung und einen baldigen Wiederaufbau. In dieser Hinsicht haben sie bekräftigt, dass die internationale Unterstützung für die Ukraine humanitäre Hilfe, finanzielle und entwicklungsbezogene Hilfe parallel umfassen muss, statt einem mehrstufigen Konzept zu folgen, wonach die Entwicklungshilfe für die ehrgeizige Reformagenda (einschließlich des Beitritts zur Europäischen Union) erst zu einem späteren Zeitpunkt einsetzt.
13. Im Anschluss an einen dreigliedrigen Studienbesuch einer ukrainischen Delegation in der Zentrale der IAO im April 2023 führte die ukrainische Delegation bei der Internationalen Arbeitskonferenz eine weitere Runde von Fachgesprächen mit verschiedenen IAO-Spezialisten, bei denen sie die Prioritäten für die kommenden Monate darlegte. Eine der wichtigsten Prioritäten ist die Erstellung von Beschäftigungsprognosen für die nächsten zehn Jahre, die nach Wirtschaftssektoren aufgeschlüsselt sind und auf verschiedenen Szenarien für die wirtschaftliche

Erholung basieren. Die Prognosen sind ein wesentlicher Beitrag zur Formulierung einer qualitativ hochwertigen demografischen Strategie, die der wachsenden Besorgnis der ukrainischen Mitgliedsgruppen und der internationalen Gemeinschaft über einen Arbeitskräftemangel Rechnung trägt, der die wirtschaftliche Erholung verhindern könnte. Die IAO leistete rasche fachliche und finanzielle Unterstützung für die Erstellung der Prognosen, und ein erster Entwurf wurde der ukrainischen Regierung zur Stellungnahme übermittelt.

14. Eine zweite wichtige Priorität ist die Erstellung versicherungsmathematischer Prognosen für die solidarische Säule des Rentensystems der Sozialversicherung. Die IAO leistete Anschubfinanzierung für die Sammlung von Daten und die Erstellung des Basisszenarios für die Anwendung ihres versicherungsmathematischen Modells. In einer zweiten Phase, die 2024 beginnen soll, wird das Amt die Prognosen erstellen, versicherungsmathematische Kapazitäten innerhalb der Regierung aufbauen und Politikoptionen für Rentenreformen ausarbeiten. Im Rahmen dieses Prozesses steht das Amt in Kontakt mit der Weltbank, die an Mikrosimulationen zu den Auswirkungen auf verletzte Teile der Bevölkerung arbeitet, um für die Kohärenz der der Regierung gewährten Beratung innerhalb des multilateralen Systems zu sorgen.
15. Eine dritte Priorität ist die Eingliederung verletzlicher Gruppen, darunter Binnenvertriebene, Kriegsveteranen und Menschen mit Behinderungen, in den Arbeitsmarkt. Mit Finanzmitteln mehrerer Entwicklungspartner leistet die IAO bereits Unterstützung in diesem Bereich. Seit Beginn des Krieges hat die staatliche ukrainische Arbeitsverwaltung Dienstleistungen für etwa 1,2 Millionen Menschen erbracht und 390.000 Arbeitsuchenden geholfen, eine neue Beschäftigung zu finden. Diese Leistungen müssen jedoch ausgeweitet werden, da die staatliche Arbeitsverwaltung rund 2,8 Millionen Arbeitslose betreuen muss, von denen fast die Hälfte verletzlichen Gruppen angehört. Im Hinblick auf die besondere Herausforderung der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt besuchte der Leitende IAO-Sachverständige für Behinderung Anfang Juli 2023 Kiew, um mit den zuständigen Ministerien und anderen Akteuren Maßnahmen für mehr Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, einschließlich kriegsbedingter Behinderungen, zu erörtern. Dabei wurde Bedarf an Unterstützung unter anderem für die Staatliche Arbeitsverwaltung festgestellt, damit sie besser darauf vorbereitet ist, die Eingliederung von Angehörigen dieses Personenkreises in den Arbeitsmarkt neben anderen Arbeitsuchenden zu fördern. Zudem benötigen ukrainische Arbeitgeber Unterstützung dabei, ihr Vertrauen in die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen und ihr Bewusstsein für Behinderungen zu stärken. Das Amt befindet sich in Gesprächen mit Entwicklungspartnern, um ein breiter angelegtes Unterstützungsprogramm zu entwickeln.
16. Bei ihrer Arbeit in der Ukraine folgt die IAO weiterhin der Struktur ihres Sechs-Punkte-Plans zur Unterstützung des Landes, der an humanitären Belangen, Fragen im Zusammenhang mit einer raschen Erholung und entwicklungsbezogenen Themen ansetzt¹⁹ und folgende Punkte umfasst: Fortsetzung der humanitären Hilfe in den Bereichen, in denen die IAO einen Mehrwert erbringen kann; Unterstützung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung; Erleichterung verschiedener Maßnahmen zur Einkommensunterstützung; Einführung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung in relativ sicheren Teilen des Landes; Unterstützung der Entwicklung durch Zusammenarbeit mit der Regierung bei ihren vorrangigen Reformen; Bereitstellung finanzieller Unterstützung für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.
17. Die Ukraine hat erhebliche Fortschritte bei der Vorbereitung auf die Ratifizierung weiterer IAO-Übereinkommen gemacht. Im Juli 2023 ratifizierte das ukrainische Parlament das Überein-

¹⁹ IAO, *ILO's response to the crisis in Ukraine*, Februar 2023.

kommen (Nr. 170) über chemische Stoffe, 1990. Das Amt leistete in allen Phasen der Ratifizierung fachliche Hilfe. Außerdem arbeitet das Land auf die Ratifizierung des Übereinkommens (Nr. 185) über Ausweise für Seeleute (Neufassung), 2003, in der geänderten Fassung hin. Dieses Instrument ist für die Ukraine insofern von Bedeutung, als sie Herkunftsland zahlreicher Seeleute ist.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

18. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind weiterhin funktionsfähig, werden jedoch durch den Krieg stark beeinträchtigt. Wie in früheren Berichten an den Verwaltungsrat beschrieben wurde, besteht eine Hauptsorge der Sozialpartner nach wie vor hinsichtlich des Verlusts von Mitgliedsbeiträgen und den daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf ihre finanzielle Lage. Abgesehen von einigen Spenden von Schwesterorganisationen erhalten die Sozialpartner keine finanzielle Unterstützung. Zusätzliche Mittel werden benötigt, um die Sozialpartner bei ihren laufenden Bemühungen zu unterstützen, ihre Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten und die Dienstleistungen, die sie für ihre Mitglieder erbringen, anzupassen.
19. Die drei nationalen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in der Ukraine informierten darüber, dass die Mitgliedsunternehmen in mehreren Branchen ihre Geschäftstätigkeit seit der letzten Berichterstattung schrittweise ausgeweitet haben, wenngleich die Geschäftstätigkeit bei etwa einem Drittel noch nicht wieder den Vorkriegsstand erreicht hat. Die Exportkapazitäten der Ukraine sind durch die Zerstörung von Produktionsanlagen, die Blockade von Transporten und die Verminung von landwirtschaftlichen Flächen nach wie vor eingeschränkt. Betroffen sind vor allem die größten landwirtschaftlichen und metallurgischen Unternehmen, die einen beträchtlichen Teil des ukrainischen BIP erwirtschaften und sich überwiegend in den Kampfgebieten im Osten des Landes befinden.
20. Im zweiten Quartal 2023 unterstützte die IAO diese Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände fortlaufend bei ihren Bemühungen, die Dienstleistungen für ihre Mitglieder zu erweitern. Beispielsweise eröffnete der Arbeitgeberverband der Ukraine ein neuer Helpdesk für Mitglieder, die Zugang zum Markt der Europäischen Union (EU) anstreben. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend. Außerdem nahmen über 60 Unternehmen an internationalen Messen teil, was zum Abschluss neuer Handelsverträge führte. Diese Verträge hatten zwischen Dezember 2022 und Juli 2023 ein geschätztes Volumen von 3,5 Millionen US-Dollar und ermöglichten es den Unternehmen, rund 1.500 Arbeitsplätze zu erhalten.
21. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine führte Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Betriebskontinuität und Resilienz durch, die 50 Unternehmen zugutekamen. Diese Schulungen fanden zusätzlich zu den seit dem Start des Ausbildungs- und Beratungsdienstes im Dezember 2022 für 1.200 Unternehmen durchgeführten Maßnahmen statt und betrafen Themen wie etwa EU-Handelsvorschriften. Die Vereinigung beabsichtigt, einen Unterstützungsdienst für kleine und mittlere Unternehmen einzurichten, die den Übergang zu erneuerbaren Energien vollziehen.
22. Der Bund der Arbeitgeber der Ukraine befindet sich in der Endphase der Entwicklung einer Wissensplattform zum Thema „Unternehmen und Behinderung“, die auch Leitlinien für Unternehmen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen und eine Sensibilisierungskampagne umfasst.
23. Die beiden wichtigsten nationalen Gewerkschaftsverbände – die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine und der Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine – leisten weiterhin Hilfe für Binnenvertriebene, insbesondere durch die Bereitstellung von Unterkünften und die Verteilung von Lebensmitteln. Die IAO trägt zu diesen Bemühungen bei. Die Gewerkschaften kön-

nen ihre Aufgaben nur unter Schwierigkeiten wahrnehmen, da viele Gewerkschaftsbüros durch Luftangriffe zerstört wurden. Aufgrund der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges, einschließlich der Einstellung des Betriebs von Unternehmen und der Entlassung von Arbeitnehmern, wurden weniger Mitgliedsbeiträge eingenommen. Einige Gewerkschaftsfunktionäre wurden entlassen oder haben unbezahlten Urlaub genommen.

24. Die Beschäftigten in den von den russischen Streitkräften besetzten Gebieten berichten nach wie vor über Verletzungen ihrer Arbeitnehmerrechte. Gewerkschaftsberichten zufolge werden die Beschäftigten gezwungen, Arbeitsverträge zu unterzeichnen, die längere Arbeitszeiten und unbezahlte Überstunden vorsehen. Außerdem gibt es Berichte über den erzwungenen Beitritt zu russischen Gewerkschaften, die weiterhin Büros in den besetzten Gebieten einrichten. Ungesunde und gefährliche Arbeitsbedingungen in Verbindung mit dem fehlenden Recht, Beschwerden vorzubringen, haben das Risiko von Unfällen und Verletzungen erhöht. Wie berichtet wird, drohen Arbeitnehmern weiterhin schwere Strafen, darunter auch Haftstrafen, wenn sie sich an Gewerkschaftsaktivitäten beteiligen, da russische Gesetze die freie Ausübung des Rechts auf Teilnahme an öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen einschränken.
25. Die Lage im Kernkraftwerk Saporischschja ist nach wie vor desaströs, und die Kampfhandlungen in seiner Umgebung halten an. Die ukrainischen Gewerkschaften berichten fortgesetzt über unsichere Arbeitsbedingungen. Die Systeme für Notfallreaktion und Arbeitsschutzmanagement funktionieren nicht wirksam. Beschäftigte berichten, dass sie im Kraftwerk weiterhin ohne persönliche Schutzausrüstung arbeiten. Aufgrund der instabilen Stromversorgung sind die Beschäftigten – von denen manche nach Gewerkschaftsberichten gewaltsam in der Anlage festgehalten werden – der Gefahr einer erhöhten Strahlenbelastung und eines möglichen kerntechnischen Unfalls ausgesetzt. Die noch in Kernanlagen beschäftigten Ukrainer, die versuchten, die Stadt Saporischschja zu verlassen, wurden an militärischen Kontrollpunkten aufgehalten und an der Ausreise aus dem besetzten Gebiet gehindert. Die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) hat kürzlich erneut ihre Besorgnis über das psychische Wohlergehen von Arbeitnehmern in der Atomindustrie zum Ausdruck gebracht, da aus den Städten, wo diese Beschäftigten in der Nähe der Kernkraftwerke Saporischschja und Tschernobyl leben, Explosionen gemeldet wurden.²⁰ Darüber hinaus haben IAEA-Experten das Vorhandensein von gezielten Antipersonenminen im Umkreis des Kernkraftwerks Saporischschja festgestellt, was mit den Sicherheitsstandards der IAEA und den Leitlinien für Nuklearsicherheit unvereinbar ist und die Mitarbeiter des Kraftwerks unter zusätzlichen psychischen Druck setzt.²¹
26. Auf Ersuchen des Verwaltungsrats hat das Amt begonnen, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten in anderen Sektoren zu überwachen, insbesondere in der Elektrizitätswirtschaft, im Eisenbahnsektor und im Bildungswesen. Gewerkschaftsberichten zufolge haben die russischen Streitkräfte ukrainische Eisenbahner gezwungen, den Bahnbetrieb angesichts seiner strategischen Bedeutung für den Transport von russischen Truppen, Munition und anderen Gütern an die Front aufrechtzuerhalten. Der Betrieb von Zügen in Konfliktgebieten und die Handhabung von Munition sind äußerst gefährlich und setzen die Beschäftigten lebensbedrohlichen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken aus. Außerdem wird berichtet, dass Eisenbahnern und ihren Familien häufig Folter, Vergewaltigung und Tod angedroht wird und dass mehrere Beschäftigte entführt wurden und Gewalt, Missbrauch und Folter erlitten, da sie sich

²⁰ IAEA, „Update 180 – IAEA Director General Statement on Situation in Ukraine“, 22. August 2023.

²¹ IAEA, „Update 175 – IAEA Director General Statement on Situation in Ukraine“, 24. Juli 2023.

weigerten, zu kooperieren. Darüber hinaus wurden ukrainische Eisenbahner gezwungen, russischen Gewerkschaften beizutreten.

27. Wie die ukrainischen Lehrgewerkschaften und die Bildungsinternationale berichten, wurden ukrainische Lehrkräfte gedrängt, nach pro-russischen Lehrplänen zu unterrichten und pro-russische Propaganda zu verbreiten. Diejenigen, die dies anfangs verweigerten, wurden letztlich unter Androhung von Gefängnis, Folter oder Tod dazu gezwungen. Lehrkräfte, die im Geheimen weiterhin nach dem ukrainischen Lehrplan unterrichten oder ukrainische Bücher an Eltern und Kinder weitergeben, tun dies unter großer persönlicher Gefahr. Berichten zufolge wurden einige Lehrer getötet, andere dagegen mutmaßlich in die Russische Föderation deportiert. Russische Truppen verlangen außerdem, dass ukrainische Lehrer russischen Gewerkschaften beitreten.
28. Das Amt hält weiterhin regelmäßige Zusammenkünfte mit der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) und Vertretern der ukrainischen Regierung, der ukrainischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr, der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der Internationalen Schifffahrtskammer und mehreren Wohlfahrtsverbänden für Seeleute zu den Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Seeleute ab. Mit großer Sorge wird zur Kenntnis genommen, dass die Russische Föderation die Internationale Transportarbeiter-Föderation zu einer unerwünschten Organisation erklärt hat, weshalb denjenigen, die mit ihr zusammenarbeiten, nach russischem Recht Geld- und Haftstrafen drohen, was Fragen im Zusammenhang mit der Vereinigungsfreiheit aufwirft. Mittlerweile liegen auch Berichte über nachweisliche Verletzungen von Hafenarbeitern im Donaubecken vor, die Anlass zur Sorge über die Sicherheit der Arbeitnehmer in der zivilen Verkehrsinfrastruktur geben.²²
29. Die ukrainische Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr hat gegenüber der IAO ihre Besorgnis über die kriegsbedingte Schwächung der Position der ukrainischen Seeleute in der globalen Seeschiffahrtsindustrie zum Ausdruck gebracht. Die Ukraine, die traditionell zu den fünf wichtigsten Herkunftsländern von Arbeitskräften für die Seeschiffahrt zählt, könnte diese Position im Lauf der Zeit einbüßen. Die Gewerkschaft wandte sich mit dem Anliegen an die IAO, die Ausbildung für Seeleute im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu modernisieren, da einige ihrer Ausbildungseinrichtungen im Krieg zerstört wurden. Die IAO und die Gewerkschaft haben ein Konzeptpapier ausgearbeitet und ersuchen derzeit Entwicklungspartner um finanzielle Unterstützung. Kürzlich wurde das Gewerkschaftsbüro in Ismajil bei einem russischen Angriff auf die Hafenanlagen und Getreidelager teilweise zerstört.
30. Angesichts der Berichte von Gewerkschaften über Verletzungen der grundlegenden Rechte ihrer Mitglieder bei der Arbeit in den besetzten Gebieten der Ukraine hat die IAO ihre Zusammenarbeit mit dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) im Bereich der Arbeitnehmerrechte in der Ukraine vertieft. Die Lage der ukrainischen Arbeitnehmer in den besetzten Gebieten wurde auf einem Workshop erörtert, der im Juli 2023 in Kiew stattfand und an dem Vertreter ukrainischer Gewerkschaften, der IAO, von IndustriAll und der Friedrich-Ebert-Stiftung teilnahmen. Die Gewerkschaften informierten sich über die Mechanismen zur Meldung von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte, die im Rahmen der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine zur Verfügung stehen. Die Mission wird in ihre anstehenden Veröffentlichungen Berichte über individuelle Verletzungen der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aufnehmen. Zudem gewannen

²² Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), „[Statement by the Humanitarian Coordinator for Ukraine, Denise Brown, on the latest attack hitting Ukraine's Danube Port](#)“, 3. September 2023.

die Gewerkschaften ein besseres Verständnis für das Verfahren zur Einreichung von Beschwerden oder Stellungnahmen zu solchen Verstößen bei den Aufsichtsorganen der IAO.

Entwicklungszusammenarbeit

31. Aufbauend auf früheren Bemühungen hat das Amt die Mobilisierung von Ressourcen für seine Arbeit in der Ukraine intensiviert. ²³ Im Juni 2023 genehmigte die belgische Regierung ein zweijähriges Projekt, das darauf abzielt, die Ausbeutung von Arbeitskräften und Menschenhandel zu verhindern, die Entwicklung von Unternehmen zu fördern und die Sozialpartner dabei zu unterstützen, die Dienstleistungen für ihre Mitglieder in der Ukraine zu verbessern. Zu Beginn des Jahres stellte die IAO aus ihrem Haushalts-Zusatzkonto Mittel für ein zweijähriges Projekt bereit, mit dem die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in der Ukraine durch den Ausbau von Kinderbetreuungsdiensten erhöht werden soll. Die Schweiz zieht derzeit in Betracht, Unterstützung für lokale Beschäftigungspartnerschaften als Maßnahme zur wirtschaftlichen Stabilisierung in ausgewählten Regionen der Ukraine bereitzustellen, in denen bereits erste Erholungsmaßnahmen anlaufen können.
32. Außerdem arbeitete die IAO zunehmend mit anderen UN-Organisationen zusammen. Gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) führte das Amt eine Studie über die Beschäftigung von Binnenvertriebenen und die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt durch, veranstaltete einen Workshop über die Vorbereitungen für einen Arbeitsmarkt für die Nachkriegszeit und entwickelt derzeit gemeinsame programmatische Ansätze für die Arbeitsmigration. ²⁴ Die Zusammenarbeit mit dem UNHCR bei der Unterstützung der Lebensgrundlagen von Binnenvertriebenen, der Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten, die Frauen eine Erwerbsbeteiligung ermöglichen, und der Förderung von Arbeitsplätzen, die frei von Stigmatisierung, Gewalt und Belästigung sind, wurde fortgesetzt. Mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen werden derzeit Gespräche über die Unterstützung von Programmen für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geführt. Mit der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN Women) findet ein regelmäßiger Austausch über Entgeltgleichheit statt, insbesondere im Zusammenhang mit der nationalen Strategie der Ukraine zur Geschlechtergleichstellung. ²⁵ Mit der FAO wurde ein Wissensaustausch über den sachgerechten Umgang mit Chemikalien und die Auswirkungen der Zerstörung des Kachowka-Staudamms auf den Arbeitsmarkt im Agrarsektor geführt. Diese Art der Zusammenarbeit trägt zur Koordinierung der Unterstützung bei, die die UN der Ukraine gewähren, und wird zukünftig zu einer gemeinsamen Programmplanung und Ressourcennobilisierung führen.
33. Auch der Ukraine-Fazilität der Europäischen Union hat die IAO ihre Unterstützung angeboten. Dabei handelt es sich um ein spezielles Instrument zur Unterstützung der Erholung, des Wiederaufbaus und der Modernisierung der Ukraine. ²⁶ Eine der Säulen der Fazilität besteht darin, den Plan für die Ukraine, den die ukrainische Regierung bis Ende Oktober 2023 vorlegen will, zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat sich die Regierung verpflichtet, bis September 2023 Arbeitsgruppen entsprechend den 35 Kapiteln des EU-Besitzstands (Gesamtheit des gültigen

²³ Einzelheiten sind den Dokumenten GB.347/INS/16 und GB.348/INS/5/2 zu entnehmen.

²⁴ IAO, „ILO, IOM help pave road for post-war labour market in Ukraine“, 20. Juli 2023.

²⁵ IAO, „Despite the war Ukraine keeps up the reform process: addressing the gender pay gap is high on agenda“, 12. Juni 2023.

²⁶ Europäische Kommission, „Erholung und Wiederaufbau der Ukraine“.

EU-Rechts in der Europäischen Union) einzurichten. Das Amt wird in der Gruppe für Sozialpolitik und Beschäftigung mitarbeiten.

34. Am 21. und 22. Juni 2023 veranstalteten das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Ukraine in London gemeinsam die jüngste Auflage der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine, an der hochrangige IAO-Vertreter teilnahmen. In einer Sitzung, bei der Vertreter internationaler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen zugegen waren und deren Ziel es war, die Kohärenz und Abstimmung von Maßnahmen innerhalb des multilateralen Systems zu gewährleisten, wandte sich der Generaldirektor in Form einer vorab aufgezeichneten Videobotschaft an die Anwesenden. Darin unterstrich er die zentrale Bedeutung von menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit für einen raschen Wiederaufbau und betonte die Notwendigkeit, Entwicklungshilfe parallel zu humanitärer Hilfe und Budgethilfe zu leisten. Die Ergebnisse der Konferenz deuten auf ein Umdenken der Geber in Richtung der Bereitstellung von Entwicklungshilfe hin.
35. Im Anschluss an seine Teilnahme an der Wiederaufbau-Konferenz setzt das Amt seine Zusammenarbeit mit den ukrainischen Mitgliedsgruppen, Entwicklungspartnern und Geberkoordinierungsmechanismen mit dem Ziel fort, sicherzustellen, dass die IAO die Strategie für den Wiederaufbau der Ukraine bestmöglich unterstützen kann. Die Strategie bietet die Gelegenheit, beschäftigungsintensives Wachstum zu fördern und die Rolle der internationalen Arbeitsnormen bei der Gewährleistung einer fairen und gerechten Behandlung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervorzuheben. Auf der Grundlage kürzlich unterzeichneter Vereinbarungen stabilisiert sich das Portfolio der Entwicklungszusammenarbeit der IAO in der Ukraine auf dem Vorkriegsniveau (13 Millionen US-Dollar). Mehrere mit der IAO in der Ukraine zusammenarbeitende Geber haben noch nicht entschieden, ob sie parallel zur derzeit geleisteten militärischen, finanziellen und humanitären Hilfe Erholungs- und Wiederaufbauprojekte auf den Weg bringen.

Situation der IAO-Bediensteten in der Ukraine

36. Die IAO beschäftigt derzeit zehn Mitarbeiter in der Ukraine und hat vier weitere freie Stellen in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zu besetzen (gegenüber 14 Mitarbeitern vor Ausbruch des Krieges). Nach einer Bewertung durch die Hauptabteilung Sicherheit der Vereinten Nationen (UNDSS) und der Annahme eines detaillierten Plans Anfang 2023 ist die schrittweise Rückkehr der Mitarbeiter in die neuen Büroräume in Kiew, die sie gemeinsam mit dem UNHCR belegt, abgeschlossen. Der Alltag der IAO-Mitarbeiter ist aufgrund der anhaltenden russischen Luftangriffe auf Kiew und andere Städte in der Ukraine weiterhin belastend. Internationale Bedienstete haben Anspruch auf regelmäßige Ruhe- und Erholungsphasen außerhalb der Ukraine, und das Amt hat zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um auch die Belastung der nationalen Bediensteten zu mindern. Die Fürsorgepflicht hat für das Amt weiterhin höchste Priorität.
37. In Zukunft wird das Amt seine operative Kapazität aufmerksam überwachen und dabei vor allem Wert auf eine verstärkte Präsenz in der Ukraine legen. Das Auswahlverfahren für den Posten des Landesdirektors in Kiew und die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Unterzeichnung eines Gastlandabkommens schreiten voran. Die Direktorin des IAO-Regionalbüros für Europa und Zentralasien wird während eines für Anfang Oktober 2023 geplanten Besuchs in der Ukraine direkten Kontakt mit den Mitgliedsgruppen, Vertretern anderer Organisationen des UN-Systems und der Gebergemeinschaft aufnehmen, um weitere Bereiche für künftige Maßnahmen festzulegen und Vorbereitungen für eine wirksame Umsetzung zu treffen.

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO sowie auf die Durchführung der Landesprogramme für menschenwürdige Arbeit und die Entwicklungszusammenarbeit in anderen betroffenen Ländern in der Region

38. Neben der Unterstützung für die Mitgliedsgruppen der IAO in der Ukraine hat sich die IAO auch mit der Lage in der Republik Moldau befasst, wo der Krieg in der Ukraine aufgrund der geografischen Nähe der Republik Moldau und ihrer engen wirtschaftlichen Beziehungen sowohl zur Ukraine als auch zur Russischen Föderation tiefgreifende und schwerwiegende Auswirkungen hat. Trotz ihrer eigenen wirtschaftlichen Einschränkungen hat die Republik Moldau vielen ukrainischen Flüchtlingen Unterstützung geboten. Pro Kopf der Bevölkerung hat die Republik Moldau mehr Ukrainer aufgenommen als jedes andere Nachbarland.
39. Die IAO leistet weiterhin Fachunterstützung für die moldauischen Mitgliedsgruppen mit dem Ziel, die Aussichten auf menschenwürdige Arbeit sowohl für die Aufnahmegemeinschaften als auch für die Flüchtlinge zu verbessern. In den ersten Kriegsmonaten stellte der Nationale Gewerkschaftsbund der Republik Moldau seine Liegenschaften für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zur Verfügung und ermöglichte auf diese Weise mehr als 20.000 Übernachtungen. Die moldauischen Gewerkschaften unterstützen weiterhin ihre ukrainischen Kollegen und stellen Räumlichkeiten für IAO-Schulungen zur Verfügung. Außerdem ging die IAO eine Partnerschaft mit Arbeitsaufsichtsbehörden in der Republik Moldau und der Ukraine ein, um Menschenhandel und Arbeitskräfteausbeutung in den Flüchtlings- und Aufnahmegemeinschaften zu verhindern.
40. Darüber hinaus war die IAO der Republik Moldau dabei behilflich, eine umfassende Reformagenda zur Verbesserung des Lebensstandards der Bürger sowie zur Förderung des EU-Beitritts voranzubringen. Nach Beratungen mit der IAO und den Sozialpartnern verabschiedete die moldauische Regierung ein neues geschlechtergerechtes Beschäftigungsprogramm mit einer Laufzeit bis 2026. Teil dieses Programms ist die Ausweitung lokaler Beschäftigungspartnerschaften, die insbesondere die Eingliederung von Frauen und jungen Menschen in den Arbeitsmarkt fördern sollen. In den letzten fünf Jahren traten im Rahmen dieses Programms 2.400 junge Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und keine Berufsausbildung absolvieren (darunter 1.385 Frauen), in die Erwerbsbevölkerung ein. Außerdem leistete die IAO fachliche Beiträge zu den Diskussionen über die Mindestlohnreformen der Republik Moldau.²⁷
41. Anfang dieses Jahres begann die Schweiz, im Rahmen eines zweijährigen Projekts Maßnahmen der IAO zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Republik Moldau zu unterstützen.²⁸ Schweden leistet finanzielle Unterstützung für die IAO, um mittels innovativer Kinderbetreuungskonzepte geschlechtsbedingte Beschäftigungsunterschiede zu verringern. Die Europäische Union und die IAO verhandeln derzeit über ein Projekt der technischen Zusammenarbeit, um die Reform wichtiger Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere der Staatlichen Arbeitsaufsicht und der Nationalen Arbeitsagentur, voranzutreiben. Liechtenstein, Österreich und die IAO arbeiten

²⁷ IAO, *An empirical assessment of the minimum wage for evidence-based social dialogue in the Republic of Moldova*, 2023.

²⁸ IAO „ILO and SECO launch collaboration to accelerate employment creation in Moldova“, Februar 2023.

derzeit abschließend an einer Projektvereinbarung über Qualifizierung für eine grünere Zukunft der Republik Moldau.

42. Zur Unterstützung der Gewerkschaften in der Region werden das Büro für Tätigkeiten für Arbeitnehmer und das Internationale Ausbildungszentrum der IAO im Oktober 2023 einen Kurs über menschenwürdige Arbeit, Frieden und Resilienz durchführen. Ziel des Kurses ist es, Arbeitnehmervertreter aus der Republik Moldau, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Ukraine und Ungarn in Bezug auf die Umsetzung der Empfehlung (Nr. 205) betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz, 2017, zu schulen, deren zentraler Gegenstand die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung menschenwürdiger Arbeit in konflikt- und katastrophenbedingten Krisensituationen ist.
43. Das DWT/CO-Moskau bietet weiterhin technische Zusammenarbeit und fachliche Unterstützung für alle Länder der Subregion mit Ausnahme der Russischen Föderation und von Belarus,²⁹ und zwar mit den erforderlichen Anpassungen, um die Leistungserbringung zu gewährleisten. Die Übertragung der Zuständigkeit für Georgien vom DWT/CO-Moskau an das Fachunterstützungsteam der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbüro für Mittel- und Osteuropa in Budapest (DWT/CO-Budapest) wurde bis zum 1. Juli 2023 abgeschlossen, und im September fand ein erster Workshop statt, um die Mitgliedsgruppen mit dem Prozess zur Erstellung eines Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit für Georgien vertraut zu machen. Die Unterstützung des Amtes für die Mitgliedsgruppen in Zentralasien und im Südkaukasus wurde in den entsprechend in früheren Berichten an den Verwaltungsrat beschriebenen Fachbereichen fortgesetzt, und zwar sowohl in Bezug auf die fachliche Hilfe durch das Fachunterstützungsteam der IAO für menschenwürdige Arbeit in Moskau als auch mittels der Durchführung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.³⁰ Das Regionalbüro für Europa und Zentralasien verfolgt die Entwicklung der Situation und arbeitet außerdem mit den Mitgliedsgruppen und Gebern zusammen, um auf neu entstehende Bedürfnisse und Möglichkeiten einzugehen. Positive Entwicklungen wurden auch bei der Mobilisierung von Ressourcen für die Subregion verzeichnet: Für neue potenzielle Projekte wurden etwa 4,5 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Diese Zunahme des Portfolios ist zudem Ausdruck einer Diversifizierung der Geber, da Mittel nicht nur von traditionelleren IAO-Gebern, sondern auch von dem UN-Friedenskonsolidierungsfonds, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem multinationalen Bekleidungsunternehmen Inditex und der Partnerschaft der Vereinten Nationen zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen bereitgestellt werden. Die Gespräche mit den Gebern dauern an, und einige Projektvorschläge werden derzeit geprüft oder sind in die engere Wahl für eine Finanzierung gekommen.

Situation der IAO-Mitarbeiter in der Russischen Föderation

44. Das DWT/CO-Moskau ist weiterhin voll funktionsfähig. Die Sicherheitslage wird in Zusammenarbeit mit der UNDSS aufmerksam überwacht, und der Weiterbetrieb des Büros steht in Übereinstimmung mit den Sicherheitsbewertungen der UNDSS für Moskau. Das Amt bietet den Mitarbeitern des Büros entsprechend seiner Fürsorgepflicht weiterhin vorübergehend zusätzliche Flexibilitätsmaßnahmen an, einschließlich der Möglichkeit, zeitweilig die Räumlichkeiten der IAO in Budapest zu nutzen. Vier internationale Bedienstete haben sich dafür entschieden, von Budapest aus zu arbeiten. Nach einer Kosten-Nutzen-Analyse erachtet das Amt die Beibehaltung der derzeitigen Räumlichkeiten in Moskau als die beste Option.

²⁹ Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

³⁰ Einzelheiten sind den Dokumenten GB.347/INS/16 und GB.348/INS/5/2 zu entnehmen.

► Bereiche für weitere Maßnahmen

45. In Anbetracht der sich verändernden Umstände in der Ukraine und der Stabilisierung der Flüchtlingsströme in den Nachbarländern überarbeitet das Amt sein Dienstleistungsangebot, um den neuesten vorrangigen Bedürfnissen der Mitgliedsgruppen Rechnung zu tragen. Es zielt darauf ab, die Kapazitäten für die Leistungserbringung mit Blick auf den Wiederaufbau und die Erholung in der Ukraine sowie auf eine bessere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften in anderen betroffenen Ländern zu stärken, was sich mit den vorrangigen Bedürfnissen der ukrainischen Mitgliedsgruppen und den Ergebnissen der Ukraine-Konferenz in London deckt.
46. In der Ukraine tragen mehrere Arbeitsbereiche dazu bei, eine Faktenbasis zu schaffen, die künftig gezieltere Politikinterventionen und Kapazitätsaufbaumaßnahmen ermöglichen wird. Daten und Analysen dienen als Grundlage für die Entwicklung weiterer Hilfsprogramme. Diese Abfolge ist vor dem Hintergrund der großen Unsicherheit besonders wichtig. Die Interventionen in der Ukraine sind fokussiert auf „Learning-by-doing“ und müssen an veränderte Umstände anpassbar sein. Um flexibel zu bleiben, hat das Amt seine internen Koordinierungsbemühungen verstärkt und drängt bei den ukrainischen Mitgliedsgruppen und Entwicklungspartnern auf Politikkohärenz.
47. Um der wachsenden Nachfrage nach IAO-Unterstützung infolge des Krieges zu entsprechen, werden mehr Mittel benötigt. Das Amt bemüht sich weiterhin um die Beschaffung von Finanzmitteln, um dazu beizutragen, dass die Erholung und der Wiederaufbau in der Ukraine beschäftigungsintensiv und unter systematischer Berücksichtigung der Grundsätze von menschenwürdiger Arbeit gestaltet werden. Zu diesem Zweck arbeitet es aktiv mit der Gebergemeinschaft zusammen. Es finden zahlreiche bilaterale Gespräche statt, und das Amt ist weiterhin in allen relevanten internationalen Foren präsent. In allen Phasen dieses Prozesses steht das Amt in engem Kontakt mit den ukrainischen Mitgliedsgruppen, um sicherzustellen, dass die Unterstützung der IAO auf dem tatsächlichen Bedarf beruht und den dringendsten Bedürfnissen der Mitgliedsgruppen entspricht. Ein ähnlicher Ansatz wird auch in anderen betroffenen Ländern Europas und Zentralasiens verfolgt.

► Beschlussentwurf

48. **Im Licht der in Dokument GB.349/INS/15 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen EntschlieÙung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie unter Berücksichtigung der auf seiner 349. Tagung geführten Diskussionen und erteilten Leitvorgaben hat der Verwaltungsrat:**
 - a) **Kenntnis von den in dem genannten Dokument enthaltenen Informationen genommen;**
 - b) **seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;**

- c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine abziehen;
- d) die Russische Föderation ein weiteres Mal nachdrücklich aufgefordert, allen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen, einschließlich des Seearbeitsübereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006), insbesondere in Bezug auf die Rückführung von Seeleuten und den Zugang zu medizinischer Versorgung, des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, in Bezug auf die Exposition von Arbeitnehmern gegenüber ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, und des Übereinkommens (Nr. 29) über Zwangsarbeit, 1930, sowie des dazugehörigen Protokolls von 2014 ergeben;
- e) erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekundet, den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, auch im Rahmen der anstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau, und die aktualisierten Informationen über die Einrichtung eines IAO-Landesbüros für die Ukraine in Kiew begrüßt;
- f) den Generaldirektor ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder Osteuropas und Zentralasiens zu verstärken;
- g) den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen und dem Verwaltungsrat auf seiner 350. Tagung (März 2024) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der Entschließung, namentlich über die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen mit der Überwachung von Menschenrechtsverletzungen befassten UN-Organen und über die Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie, Bericht zu erstatten.